

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Deutschland 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Postzeitung selbst abgezogen 2.50 M. Für Postbestellungen außerhalb Deutschlands sind Postgebühren zuzurechnen. Unter Schreibband bezogen für Deutschland und Österreich 14.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Auslandsmitschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9768.

Die achtspaltige Konspirationstabelle oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Steuerungsbeitrag. Keine Anzeigen. Das jetzige Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 50 M. netto pro Zeile. Streifenanzeigen in Wortanzeigen: das jetzige Heft 1.50 M., jedes weitere Heft 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, Buchhandlung Jentura 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Jentura 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ungarische Söldner gegen Deutsch-Oesterreich.

Ausbreitung des weißen Terrors.

Wien, 31. Mai.

Staatskanzler Renner hat in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für Keuhered heute vormittag den ungarischen Gesandten Dr. Graf Gray zu sich gebeten und ihm erklärt: Der Staatsregierung der Republik Oesterreich liegen zuverlässige Nachrichten darüber vor, daß in Sala Egerdseg, also in der Nähe der Obergrenze Deutsch-Oesterreichs eine Formation von ungefähr 1000 Oesterreichischer Staatsbürger organisiert ist, die beabsichtigt, gegebenenfalls mit bewaffneter Hand in Oesterreich einzubringen. Dieser Vorgang vollzieht sich in einer Weise, die es ausbleibt, daß er der ungarischen Regierung verborgen bleiben konnte. Die Oesterreichische Regierung ist auch darüber informiert, daß für diese Formation von der ungarischen Regierung ein Betrag von zehn Millionen Kronen ausgeworfen worden ist. Ein Zwischenfall, der sich in den letzten Tagen in Wien abgespielt und zur Verhaftung einer Reihe von früheren Offizieren geführt hat, ist das für diese in Ungarn geschnittene Formation auf Oesterreichischem Boden Mannschaften angefordert werden. Die Geldmittel, mit welchen die Staatsbürger der Republik Oesterreich zu hochvertraulichen Umständen vertrieben werden sollen, stammen offenbar auch aus Ungarn. Charakteristisch für das in dieser Sache beobachtete Verhalten der ungarischen Behörden ist endlich der Umstand, daß die Grenzorgane in Sauerbrunn (Sawandulutz) Formulare, durch die der Grenzübertritt ermöglicht bzw. gesichert werden soll, den Anwerbern in Wien zur Verfügung stellen. Die Oesterreichische Regierung erwartet eingehende Aufschlüsse über diese Vorgänge und spricht die Überzeugung aus, daß die ungarische Regierung diese umso rascher und lässiger geben wird, als die Existenz der in Rede stehenden Truppenteile in Sala Egerdseg nicht bloß eine ständige Gefährdung der inneren Sicherheit in der Republik darstellt, sondern auch geeignet erscheint, eine höchst bedauerliche Trübung der Beziehungen der beiden Nachbarstaaten herbeizuführen. Der Oesterreichische Gesandte in Budapest, Graf Gray, hat den Entschluß gefaßt, dem ungarischen Minister des Auswärtigen vorzusprechen, um dieselbe Beschwerde zu erheben.

Kraffin in England.

L. L. London, 1. Juni.

Der Volkswirtschaftliche Abgeordnete Kraffin sprach gestern in Downing Street vor und wurde von Lord George, Lord Curzon, Bonar Law, Sir Robert Horne und anderen empfangen. Antisich wird mitgeteilt, daß bei dieser Gelegenheit eine Verbesserung über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Kroatien im Gange sei.

Die britische Regierung wird auf der Freilassung der englischen Gefangenen in Rußland bestehen, bevor sie ihre Zustimmung zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen gibt.

Die englischen Arbeiter und die Munitionstransporte.

London, 31. Mai.

Der Volksbeauftragte der Eisenbahnen, Bergleute, Transportarbeiter hat heute beschlossen, den Parlamentarischen Ausschuss um baldige Einberufung eines außerordentlichen Bewerkschaftskongresses zu ersuchen, auf dem die Forderung der britischen Arbeiterschaft in der Frage der Erzeugung und Beförderung von Munition, die nach Irland oder Belgien bestimmt ist, geregelt werden soll.

Heisterichs neuester Schwindel.

Ohne Schwindel kann Heisterich keine Wahlrede halten. In seiner Rede in Hannover hat er und noch ihm als getreue Nachbeter zahlreiche Redner der Deutschnationalen Volkspartei die Behauptung aufgestellt, daß die Entente neben dem inzwischen unterzeichneten Friedensvertrag noch einen zweiten, weitläufigeren in Vorbereitung gehabt hätte. Dieser letztere hätte unter anderem eine Befreiung im Westen nur auf 18 Monate und keinerlei Besitzergreifung des Saargebietes vorgesehen. Herr Heisterich hat als Quelle dieser Neuigkeit das Mitglied des Ministerrats Clemenceau, Herrn Tardieu, angegeben.

Amüßlich wird dazu festgestellt: daß keinerlei Publikationen, weder von Herrn Tardieu, noch von einem anderen Mitglied eines Entente-Ministerrats existieren, in denen das Märchen von einem solchen zweiten Friedensvertrag erzählt wird, das also bis zum

abenteuerliche Geschichte in das Reich der Waschlappen gehört. Die diejenigen zu beurteilen sind, die auf diesem bitteren Gebiet mit Erfindungen arbeiten und solchen Schwindel weiterverbreiten, sei dem Urteil eines jeden einzelnen Deutschen überlassen.

Wir wollen keine Willkür!

Der „Vorwärts“ beschwert sich in seiner heutigen Morgenausgabe darüber, daß wir uns gegen den neuesten Willkürakt des Reichspräsidenten Ebert, seines Parteigenossen, gewandt haben, und behauptet, daß wir damit den Reichsdemokratischen Willkommenen Rufung geleistet hätten. Das Blatt verschweigt, aus welchen Gründen wir diese Willkürmaßnahme bekämpfen mußten. Wir verlangen selbstverständlich, daß die reaktionären Truppenteile aufgelöst und unschädlich gemacht werden, daß überhaupt gegen alle gegenrevolutionäre Elemente mit Energie vorgegangen wird. Wir müssen es aber aufs Schärfste betonen, daß unter Bruch der Verfassung der Reichspräsident sich das Recht der Ausnahmegesetzgebung gegen bestimmte Bevölkerungsteile anmaßt und diese im Verordnungswege für vogelfrei erklärt.

Wenn der „Vorwärts“ noch einen Funken von proletarischem Empfinden hätte, so müßte er uns darin beipflichten, daß dieser Akt des Reichspräsidenten die ganze Arbeiterbewegung aufs äußerste bedroht. Was sich heute Herr Ebert gegen die Baltikumer herausnimmt, das kann er morgen gegen streikende Arbeiter wiederholen. Und wenn wir heute stillschweigend zusehen, wie unsere Gegner verfassungs- und gesetzwidrig im Verordnungswege mit Inhaftierungen und außerordentlichen Gerichten bedroht werden, so dürfen wir uns keinen Protest erlauben, wenn etwa morgen gegen die Arbeiter das gleiche geschieht.

Das will aber der „Vorwärts“ nicht erkennen, denn ihm liegt die Pflicht ob, auch die falschesten Handlungen seiner regierenden Parteigenossen zu verteidigen. Deswegen unterschlägt er seinen Lesern die Forderungen, die wir zu einer wirksamen Bekämpfung der reaktionären Aufstellung haben. Es handelt sich, wie wir nochmals hervorheben wollen, nicht um Straf-, sondern um Verwaltungsmaßnahmen, die getroffen werden müssen. Deshalb tritt das Blatt nicht ebenso wie wir für die Bewaffnung der Arbeiterschaft ein, durch die allein die Gewähr gegeben wird, daß der gegenrevolutionären Militärherrschaft ein schnelles Ende bereitet wird?

Der Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten, ebenso die Ausführungsbestimmungen des Reichswehrministeriums dazu, die jetzt veröffentlicht werden, beweisen aufs Neue, daß es sich dabei um einen verfassungs- und gesetzwidrigen Willkürakt handelt. Die außerordentlichen Gerichte sollen in derselben Weise verfahren, wie es vom Ruhrrevier her noch in übelster Erinnerung ist. Den Angeklagten werden die Rechte der Verteidigung aufs äußerste beschränkt. Gegen das Urteil ist kein Rechtsmittel zulässig, lediglich das zweifelhafte Wiederaufnahmeverfahren bietet noch entfernte Möglichkeit, diese Ausnahme- und Schnelljustiz zu beseitigen.

Nach allen bisherigen Erfahrungen werden diese Willkürmaßnahmen nicht die wirklich Schuldigen treffen, wie ja bis heute noch immer die Urheber des Rapp-Bußches, die Ludendorff, Lüttwich, Bauer, Traub und unzählige andere unbehelligt umherlaufen. Wir verlangen, daß das Uebel an der Wurzel getroffen, daß nicht aber durch eine neue Erweiterung der Willkürherrschaft die Rechtsunsicherheit noch vermehrt wird!

Der Rapp-Bußch und die Rechtsparteien.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hielt gelegentlich eines von der Demokratischen Partei veranstalteten Konzerts in Magdeburg der Oberreichsanwalt Baumgarten aus Leipzig, einer der Referenten des Reichsgerichts, denen die Strafverfolgung der am Rapp-Bußch Beteiligten obliegt, eine politische Rede. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Beteiligung der Rechtsparteien an dem Bußch aus den Belegen grundsätzlich festgestellt ist.

Das Strafverfahren gegen den Genossen Kiskan. Unsere Fraktion hat in der Landesversammlung die Regierung durch einen Antrag ersucht, sofort das Strafverfahren gegen den Kiskan einzustellen und ihn aus der Haft zu entlassen.

Koalitions- und Kulturpolitik.

K. K. L. In den reaktionären Reihen der Zentrums- und sozialdemokratischen Partei hat sich eine scharfe Kritik geäußert. Mit dem Augurenlächeln siegreicher Willkür pflegen dann die linksstehenden Zentrumspolitiker auf die großen Erfolge hinzuweisen, die sie auf dem Gebiete der Kulturpolitik errungen haben. Fester denn je hat sich die Kirche in Staat und Schule als Machtfaktor festgelegt, und es entspricht nur der Reichsverfassung, wenn der preussische Kultusminister die klare und deutliche Forderung der alten Sozialdemokratie — die Trennung von Staat und Kirche und die Weltlichkeit der Schule — umwandelt in die verschwommene und charakterlose Formel der „Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche“. In diesem Falle handelte es sich um einen klaren Verrat, den die rechtssozialistische Politik an allen programmatischen Forderungen geübt hat. Es nützt auch nichts, wenn die ehrliche Enttäuschung in den eigenen Reihen der Mehrheitssozialdemokratie jetzt besonders im Kampfe Worte der Mißbilligung finden wird. Entscheidend ist, daß man immer noch nicht begriffen hat, daß jede Koalition mit den Bürgerlichen die schärfste Waffe des Proletariats, den Klassenkampf, stumpf macht und jede scheinbare Errungenschaft sich als ein Danaergeschenk erweist. So in der Steuerpolitik, in der man für mehr oder weniger zweifelhaftes Eigentums- und Vermögenssteuern die Milliardenbelastungen des Verbrauchs der großen Massen mit in den Kauf genommen hat, — so in den „gemeinwirtschaftlichen“ Betrieben, in denen man Lohnsteigerungen, die bei weitem noch nicht das Existenzminimum erreichen, mit Preissteigerungen von Kohle und Eisen bis zum Fünftel des Friedenspreises erkauft.

Ebenso in der Schulfrage, in der man den grundsätzlichen Kampf um eine wirkliche Gemeinschafts- und Einheitschule um das Vinsengericht kleiner Reformen und verschwommener liberaler Versprechungen aufgibt. Die Reichsverfassung spricht zwar mit schönen Worten von einer einheitlichen Grundschule, auf die sich organisch das mittlere und höhere Schulwesen aufbauen soll, aber sie beschränkt die Unentgeltlichkeit des Unterrichts allein auf die Volks- und Fortbildungsschulen. In den mittleren und höheren Schulen aber läßt sie das Schulgeld weiterbestehen und damit die Barriere, die von selbst den meisten Proletariatskindern den Eingang in bessere Bildung versperrt. Es muß doch beinahe wie eine Verhöhnung klingen, wenn trotz dieser Sonderstellung der höheren Schulen die Verfassung verlangt, daß für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule nur keine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern maßgebend sei.

Die Rechtssozialisten, die die alte sozialdemokratische Forderung der Unentgeltlichkeit aller Schulen im Stich gelassen haben und dafür diese wohlklingende liberale Phrase eingetauscht haben, sind nicht etwa Dummköpfe, die die ökonomische Gebundenheit auch der Bildungsfrage nicht kennen würden. Heinrich Schulz und Gaenisch waren in früheren Jahren oft genug Vorkämpfer der proletarischen Schulforderungen; aber damals war man nicht mit dem Völkertum koalitiert, hatte man nicht alle jene Rücksichten, Vorurteile und Nachsichten zu üben, bei denen leider die revolutionäre Einsicht völlig verloren gegangen ist. Und dabei wäre die Unentgeltlichkeit der höheren Schulen tatsächlich weder eine Unbilligkeit noch eine unerträgliche öffentliche Belastung, wenn man in Betracht zieht, daß nur ein Drittel der Unkosten der höheren Schulen durch Schulgeld gedeckt werden, zwei Drittel aber aus öffentlichen Mitteln. Wenn man ferner bedenkt, daß durch die neue Reichssteuerordnung die Gemeinden nur den geringsten Teil ihrer Schulunkosten tragen werden, der größte Teil aber aus Reichszuschüssen bestehen wird, dann braucht man wirklich noch nicht revolutionär zu sein, um die volle Unentgeltlichkeit der Schulen für das ganze Reich hartnäckig zu verlangen. Durch Schulgeld kommen in ganz Deutschland keine 100 Millionen Mark zusammen, und wenn man diese 100 Millionen von dem 2 1/2 Milliarden-Etat der Reichswehr genommen hätte, dann wäre das wahrhaftig kein Unglück für Deutschland gewesen.

Es ist der größte Schand, wenn die Koalitionsregierung großsprecherisch von ihren eigenen Errungen sprechen will. Das Proletariat wird anders darüber urteilen: es wird Rechenschaft fordern müssen, daß man 2 1/2 Milliarden für 200 000 Reichswehrtruppen vorräumt, die für einen Krieg, selbst wenn ein solcher nicht für Deutschland in absehbarer Zeit eine absolute Unmöglichkeit wäre, nicht befähigt sind und sich bei der „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ als unzuverlässig und als

Antirevolutionäres Element erwiesen haben. Was aber hätte man nicht für einen Bruchteil dieser 2 1/2 Milliarden an Kulturpolitik durchführen können! Man hätte obligatorische Kindergärten, obligatorische Schulvereine für unsere so furchtbar unterernährte und schädliche heranwachsende Generation errichten, man hätte überall den Aufbau einer wirklichen Einheits- und Gemeindefachschule beginnen, kurzum man hätte eine wirkliche sozialistische Politik treiben können.

Doch dagegen hätte sich das privilegierte Bürgertum mit Händen und Füßen gewehrt. Gewiß, kleine Reformen, die und da den Aufstieg weniger Tüchtiger des Proletariats, das wollen auch die herrschenden Kreise, denn das liegt in ihrem Interesse; aber ist es nicht eine Heuchelei, daß man unter rechtssozialistischer Führung und mit dem Firmenbild der Einheitschule auf dem besten Wege ist, nimmere ein Dreiklassen-Schulsystem einzuführen?

Gewiß, die Rechtssozialisten haben in der bürgerlichen Koalition nichts für das Proletariat erreichen können. — Das machen wir ihr auch nicht zum Vorwurf, denn das hätte jeder Klassenbewußte Arbeiter ihr im Voraus sagen können. Aber daß sie in der Koalition beharrte und nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, wenn sie Anspruch darauf macht, eine revolutionäre sozialistische Partei zu sein, — die Köpfe der proletarischen Massen revolutionierte und im erbittertesten Kampfe gegen rechts einigte, das ist die große Schuld, die die Rechtssozialisten auf sich geladen haben, und die es uns unmöglich macht, auch im Wahlkampf die Streitigkeit der Kritik zu begraben. Der schwere Fehler einer solchen Politik wird am deutlichsten sichtbar an der Schulpolitik.

Da hilft auch kein liberales ideologisches Flennen um Demokratie. Demokratie ist gewiß ein hohes Kulturbewußtsein, wenn es die solidarische Entfaltung menschlicher Gemeinschaft bedeutet, doch wir sind genügend materialistisch gekult, um zu wissen, daß Demokratie nur auf dem Boden sozialer Gleichberechtigung und im Gemeinheitsbesitz der Produktionsmittel möglich ist. — kurzum, daß auch dieser Blütenstrauch der Menschheit, wie so mancher, erst möglich sein wird, wenn das Proletariat mit diktatorischer Gewalt jeden Klassengegensatz beseitigt haben wird. Das ist der tiefe Sinn der Diktatur des Proletariats als Konsequenz des historischen notwendigen Klassenkampfes. Der ideale Gedanke der Demokratie hat nichts zu tun mit der Wahldemokratie unserer Zeit. Gewiß werden wir ein demokratisches Wahlrecht einem reaktionären vorziehen, solange es sich noch darum handelt, der Bourgeoisie die Waffe des Parlamentarismus aus der Hand zu schlagen. Doch wer diese latente Demokratie zum Kern einer sozialistischen Kultur macht, der verrät auch hier die reformistische Angleichung an die bürgerliche Gedankenwelt, der verrät auch hier den Mangel an revolutionärem Klassenbewußtsein.

Unruhen in Oberschlesien.

Die starken nationalistischen Gegensätze in Oberschlesien, die durch die Anwesenheit von Orienttruppen anscheinend noch gesteigert wird, ruft immer neue Unruhen hervor. Am Sonntag vormittag hielten französische Truppen in Beuthen eine elektrische Straßenbahn an und rissen einen im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen, namens Heide, der zur Zeit in Oberschlesien Vorträge hält, herunter. Während die Franzosen mit dem Verhafteten verhandelten, fiel von der französischen Wache ein Schuß, wodurch Heide getötet wurde. Zu weiteren Ausschreitungen ist es, trotz der großen Erregung der Bevölkerung, nicht gekommen.

Nach anderen Meldungen überschüssiger Mütter wurden bei der Abfertigung am Sonnabend, ebenfalls in Beuthen, harnlose Posten von französischer Kavallerie mit dem Säbel geschlagen, polnische Sprechende aber unbehelligt gelassen. Sonntag nacht wurden Posten, die die Posten Wächler um Durchschlag haben, geschlagen geohrfeigt oder mit dem Kolben

niedergeschlagen. Dies hat sich heute nacht wiederholt. Die Erregung der Bevölkerung ist immer noch groß.

Die Ursache dieser Vorgänge, eben jener nationalistischen Erregung, dürfte auch auf den Ton der Meldungen abhängen, so daß die Objektivität der Nachrichten durchaus nicht über allem Zweifel steht. Wir müssen daher alle diese Meldungen aus interessierter polnischer oder deutschnationalistischer Quelle mit der gebotenen Vorsicht aufnehmen.

Ein Hofkrei wider den Mord.

Der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führerbund und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer lassen anlässlich der Ermordung Hans Paasches folgenden Aufruf ergehen:

Seit 14 Jahren werden planmäßig alle diejenigen dahingeschlachtet, die sich dem Kriegswillen entgegenstellen und für eine neue Zukunft Deutschlands gearbeitet haben. Da man vorläufig nicht die gesamten Massen niederzuarbeiten kann, die sich der Schreckensherrschaft der Junker, der Militärs und der Schwerindustrie entgegenstellen, so werden zunächst die Führer der Revolutionäre und die Kriegsgegner ermordet. Wir erinnern an Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Jogisches und Landauer, an die Spandauer Arbeiterführer, an die 28 Matrosen, an die 15 Arbeiter, die durch Marburger Studenten in Thüringen ermordet wurden. Sämtliche Prozesse zeigen, daß alle Ermordungen straflos oder so gut wie straflos vor sich gehen. Die Morde geschehen ohne jede gesetzliche Form oder nur mit der Parodie einer solchen, sowie besonders durch Erziehung auf der Flucht. In neuerer Zeit werden besonders diejenigen aus dem Lager genommen, die des Faschismus überführt oder verdächtig sind. Man denke an die Attentate auf Erzberger und v. Goltz. Futran ist während des Rapp-Putsches ermordet worden, jetzt Hans Paasche.

Dieser Fall bezeichnet grell eine neue Sachlage. Die bisherigen Ermordungen fanden gewöhnlich in einer Atmosphäre des offenen Bürgerkrieges statt. Man konnte den Offizieren und Soldaten ihre eigene Erregung zugute halten. Die Arbeiterzentrale läßt aber jetzt eine solche Mordtat vornehmen, um eine politische Erregung erst hervorzurufen. Indem dann eine derartig künstlich von ihnen erzeugte Revolutionärbewegung niedergeschlagen wird, hoffen sie dann ihre weiteren Pläne verwirklichen zu können. Diese bestehen zunächst in der Errichtung der Militärdiktatur, der Vernichtung der wenigen übriggebliebenen Ertragsüberschüsse von 1918, darüber hinaus planen sie dann einen Neuanfang. Der Büttel-Putsch, der diese Pläne vorwärts zu treiben sollte, konnte durch die entschlossene Abwehr der Arbeiter, Angehörigen und Weibchen bereits im Keime erstickt werden. Er kam nicht zur richtigen Entfaltung, woran auch die mangelnde politische und technische Vorbereitung die Schuld trug. Die Kontrerevolutionäre arbeiten daher an einer besseren Vorbereitung zu einem neuen Gewaltstreik.

Es werden darin begünstigt durch die Rechtslosigkeit und verhängnisvolle Kurzsichtigkeit der Regierung. Diese hat nicht nur ihre im März gemachten Zusagen nicht erfüllt, sondern sie duldet, daß durch die Generale die Gleichgültigkeit von allen Republikanern gelöst wird. Woher ist in Deutschland wieder einer der Kriegsverbrecher des Weltkrieges nach irgendeiner der Voraussetzungen des Rapp-Putsches gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden, ungeachtet diese Hunderte derer, die im März gegen Rapp kämpften, erschossen oder zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Die kommende Militärdiktatur wird nur möglich dadurch, daß die Regierung genau wie vor dem März 1920 die Gefahr eines Militärputsches verkennt. Indem sie sich wie vor dem März freie Hand läßt, erleichtert sie auch das Treiben der Weibchen. Rettung kann nur dadurch kommen, daß das deutsche Volk sich der heutigen Gefahr voll bewußt ist und danach handelt. Zunächst müssen in ganz Deutschland Massenuntersuchungen stattfinden, die die sofortige Befreiung aller Arbeiter und der März-Kämpfer, die sofortige Abschaffung der Weibchen, Zeitweilungen und Einwohnerverswehrens, sowie die schnelle Umwandlung der übrigen Weibchen in eine der Menschheit zugehörige Truppe durchsetzen. Die Erfüllung der Forderungen wird durchzuführen sein. Es muß auf Grund des Artikels 73 der Weimarer Verfassung durch Volksbegehren und Selbstentscheid die Befreiung der Militärgesellschaft herbeigeführt werden.

Der Wiederaufbau Deutschlands wie ganz Europas ist nur möglich durch Zusammenarbeiten der Basisisten und Sozialisten aller Länder. Solange in Deutschland der Militarismus noch herrscht und die Basisisten ungestört verpetroaktiert oder gar hingerichtet, ist diese Zusammenarbeit unmöglich. Wir fordern deshalb die Freunde des Weltfriedens und der Arbeiterbewegung

überall auf dem gewalttätigen Militarismus ein Ende zu machen. Erst wenn der deutsche Militarismus überwunden ist, wird er auch im übrigen Europa ausgerottet werden können. Bund Neues Vaterland, Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Republikanischer Führerbund.

Glanzzellen für Mörder.

Kriegsgerichtlicher Freispruch für Mord.

Die widerrechtliche Erschießung des Zigarrenhändlers Genossen Müller aus der Vorhagener Straße am 12. März des vorigen Jahres sollte gestern ihre gerichtliche Sühne finden. Vor dem Kriegsgericht der 8. Reichswehrbrigade hatte sich der Leutnant der Reserve Hermann Baum wegen der von ihm angeordneten standrechtlichen Erschießung als einer vorläufigen Tötung zu verantworten. Tatsächlich durfte sich aber der Leutnant vor dem Kameradengericht seiner Tat rühmen, während der „unparteiische“ Vorsitzende von dem Opfer des angeklagten Offiziers, dem Genossen Müller, immer wieder als von dem Angeklagten sprach.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Bei den Kämpfen um Vichtenberg hatte der Angeklagte Leutnant Baum den Auftrag, einen Häuserblock nach Waffen abzusuchen. Er will von zwei unbekannten Männern und der Schwester eines Gefas auf den Zigarrenhändler Müller hingewiesen worden sein als einen Mann, der mit der Waffe gegen die Regierungskruppen gekämpft habe. Bei der Hausdurchsuchung wurden keine Waffen gefunden, dagegen u. a. ein Mitgliedsbuch der U. S. D., einige politische Schriften und auch noch einige Eisenbahnkarten und ein Straßenschild von Berlin mit Weißstiftzeichnungen.

Auf Grund dieses Materials erklärte Leutnant Baum dem Genossen Müller für schuldig befunden, sich ihn in den Hof führen und erschießen. Als besondere Großmut rühmte der Offizier es sich an, daß er Müller erlaubte, sich von seiner Familie zu verabschieden, was Müller gar nicht tat, da er die Anordnung des Offiziers nur für eine Drohung hielt. Auf dem Hofe durfte er noch ein Vaterunser sprechen, dann wurde die Erschießung vollzogen. Müller war nicht gleich tot, sondern der Sanitäter veranlaßte einen Soldaten, einen russischen Schüler, dem Unglücklichen den Gnadenstich zu geben.

In der Verhandlung war Rostes Blutbefehl ein Hauptvertheidigungsargument des Angeklagten; aber so bludrig auch der Rostische Befehl ist, er spricht nämlich nur von einer Erschießung der Personen, die mit der Waffe in der Hand betroffen worden sind. Leutnant Baum hat sich daher bei der Erschießung des Müller zweifellos einer folgenschweren Überschreitung des Rostes-Befehles schuldig gemacht. Aber ein Offizier ist ein Mann, der verantwortungsfreudig seine Taten auf sich nimmt; darum argumentiert er, es ist nicht nötig, daß die Truppe den Verdächtigen mit der Waffe antritt, sondern es genügt, wenn ein Dritter den Gegner mit einer Waffe versehen haben will. Die Gerichtsverhandlung war eine Komödie. Sie diente nur dazu, um den Anschein zu erwecken, als solle die ungeheuerliche Tat ausgeklärt oder gesühnt werden. In Wirklichkeit befreizigten sich alle Teilnehmer des Kameradengerichts in der Verherrlichung der Tat dieses Mörders und sprachen ihn frei.

Uns wundert dieser Ausgang des Prozesses nicht. Die Kriegsgerichte sind immer nur ein Mittel gewesen, um die verbrecherischen Taten von Offizieren auch juristisch zu reperfizieren. Dieser Freispruch eines Mörders ist ja nur einer der wenigen Fälle seit den Januartagen 1918, in denen die Mörder von Arbeitern höhererbenen Hauptes den Gerichtssaal verlassen dürfen. Wenn jetzt der „Vorwärts“ über dieses Urteil jammert, und den Deutschnationalen zum Vorwurf macht, daß sie die Aufhebung der Kriegsgerichte verhindern haben, so steckt in diesem Verhalten ein großer Teil Heuchelei. Denn bei der Verfassungsberatung war es die rechtssozialistische Partei, die die sofortige Aufhebung der Militärgerichte verhindert hat, weil sie ihren Verbrecher Rostes in seiner verderblichen Politik stützte. Neben den reaktionären Verschwörern trägt deshalb sie die Schuld für dieses ungeheuerliche Urteil, und sie muß deshalb auch am Wahltag ihre verdiente Quittung dafür erhalten.

Richter.

Von Ignaz Wobol.

Die Götter der Gerechtigkeit hat eine Wunde vor den Augen. Ist sie blind? Es tut wenigstens so. Und wir wissen alle, wie läppisch sie oft geschlägt, wie sie oft daneben tritt und wie wenig sie in der Tat sieht (auch wenn manchmal die Wunde ein blickhen beuzichtigt).

Was sie den ganzen Star haben: sicher ist, daß sie in Deutschland in Zivil- und Strafrechtssysteme allgemeiner Natur unparteiisch ist, ja, so uninteressiert, daß das alle Wohlwoll, sie ernstliche Mühe ohne Ansehen der Person und Sache, nur allzu wahr ist. Richter glauben häufig, Objektivität sei gleichbedeutend mit „gänglicher Schönheitsart“ — oder dem ist nicht so. Man kann von brennendstem Interesse für eine Sache und für ihren Ausgang erfüllt sein, ohne deshalb Partei nehmen zu müssen.

Aber manchmal wandt Justitia auf. Manchmal läßt sie Wunde Wunde sein, die Wunde schwankt, und mit weinuntergerissenen Augen herrt sie den armen Sünder an, der da vor ihr steht und auf Gerechtigkeit hofft. . . Gerechtigkeit? Sie besinnt sich auf die Nase. Und all das geschieht in den politischen Prozessfällen. Der Richter des alten Regimes bewegte sich in seiner politischen Überzeugung zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen. Seine Erziehung auf der Hochschule und dem juristischen Vorbereitungsdienst seiner Meistersorgezeit waren dazu angetan, ihm die alleinige Geltung der preussischen Gedankenwelt einzupflanzen und seine Überzeugung von der Unverletzlichkeit des preussischen Juristen über andere Lebensweisen zu verfestigen. Dazu kam, daß das Meistersorgeinstitut in den Richterkreisen beliebt und fast eine Notwendigkeit zur Karriere war. All das galt in verhärtetem Maße für die Staatsanwaltschaft, bei der die vorgelebte Redde, Lügnerhaftigkeit und corpsstudentenmilitaristische Erziehung in den günstigsten Fällen als gleichberechtigt nebeneinander bestete.

Es ist lächerlich und sachlich falsch, wenn der Richterstand jedesmal in ungeheurer Aufregung gerät, weil ihm einer seine Erziehung als nicht ganz unbedenklich für die Ausschaltung des Richtersamtes vorhält. Der Richter macht keine Ausnahmen unter allen anderen Menschen; sein Fühlen und Denken wird von seiner Erziehung und seinem Umgang her bestimmt. Also werden wir dem deutschen Richter Parteistück vor? Er ist ein Mensch, nehmt alles nur in allem, und die kleinen Schwankungen der Hauptmotive des Wesens, diese haarsträubenden Vorwürfen von starrten Wege des Paragrafen, die Summe all dieser kleinen Kräfte. In denen belächeln wir das Menschliche über das

Verurteilung Recht gewinnt — all das wird bei ihm nach rechts ausfallen. Es ist eine Heberbedürftigkeit, zu behaupten, nur der deutsche Richter vermannte sich nach Jahren nationalistischer Erziehung, nach Jahren eingetrockneten Historismus, nach Jahren einseitiger Weltanschauung mit seiner Erziehung nun plötzlich in einen objektiven Automaten, der mathematisch Recht sucht und findet. Mathematisches Recht gibt es nicht. Die Begriffe wandeln sich, die Gezeiten fliehen, und gerade die Entscheidung jener im Gesellschaft nur dogmatisch festgelegten Fragen, was im gegebenen Fall Recht ist und was Unrecht, was Diebstahl und was Raub, was eine Beleidigung und was Hochverrat — all das entscheidet letzten Endes nicht der Justizminister, sondern der Mensch. Die Seele der Rechtsprechung ist unter dem Tode.

Im preussischen Richterstand vor dem Kriege reaktionär. Im Kriege hatte er keinen Anlaß, sich zu wandeln, und nach dem Kriege vollzog sich etwas Seltsames mit ihm. Der deutsche Richter war, von seinen demagogischen Ausnahmen abgesehen, über den Ausgang des Krieges und vor allem über das, was man hier zu Lande Revolution nennt, verzerrt. Er hatte vier Jahre lang als Offizier im Felde gestanden, er hatte jahreslang das absolute monarchistische System theoretisch und praktisch zu verteidigen genutzt und mußte nun erleben, daß eine ihm fremde und feindliche Richtung die Bestimmung der politischen Gesetze wenigstens dem Namen nach in die Hand bekam. Die Gefahr, die ihm unmittelbar auf den Leib: Wer wurde nun Justizminister? Am Ende irgend'n jüdischer Rechtsanwalts? Wonach machte man Karriere? Welche Überzeugung war maßgebend?

Der Richterstand und die Staatsanwaltschaft schloßen sich der übrigen deutschen Verwaltungsgewalt an. Sie sabotierten die Republik.

Sie haben nur eine Gelegenheit, sie zu sabotieren, und das sind die politischen Prozesse. Da zum Beispiel Mühlert auch auf der Erde liegt, und der liebe Gott dort keine andern Menschenkomplexe geschaffen hat, so glaube ich einfach nicht daran, daß, zum mindesten im Unterbewußtsein, im Hofkriegsprozeß, in den Kaufmannsprozessen der Danzigerrevolution, in Hundert und aberhunderten politischen Verordnungsprozessen der Richter nicht die Sehnsucht zu herrscht, wie sie eben ein unglückiger und zur politischen Opposition verurteilter Mann fiele.

Der liegt keine Rechtsprechung vor. Wer, daß ein wegen satirischer Bildnisse auf die Reichsminister angeklagter Redakteur mit der Vollziehung freigesprochen wird, wie lebten ja nun heute in einem freien demokratischen Staat. Dieser konfessionelle Richterstand ist nicht aus der und brünnlichen Seele des deutschen Richters zu erklären, sondern das ist Scherz, Satire, Ironie und tieferer Abscheu.

Dem Richterstand ist plötzliche Umkehrung laum zu verlangen. Er wird einwenden, für ihn habe sich nichts gewandelt, und die Talbehandlungsmerkmale eines Verbrechens seien unter Wilhelm II. dieselben wie unter Ebert. Wen das er dies einwendet, so weißt seine völlige Verantwortungslosigkeit für die psychologische Seite der Rechtsprechung. Er hat zum Beispiel bisher immer seinen Staat gegen Revolutionäre vorzubringen helfen, und bei dem § 31 des Strafgesetzbuches, der die Inhaberschaften Unternehmern auslöst, schlochte ihm immer ein voltes Sog mit der Volksmenge vor. Daß der Staat aber die Verleumdung des nationalen Weibchens zu sein hat, geht ihm nicht ein. Und er würde einen Offiziersputz in den geheimsten Winkel seiner Seele nicht als ein Verbrechen, sondern als den Wiederherstellungversuch eines rechtmäßigen Zustandes empfinden. Wie ein preussischer Staatsanwalt, hervorgegangen aus dem Corpsstudententum, das einzig den preussischen Offiziersstand als gleichberechtigt empfand, denselben Offizieren gegenüber in einer politischen Straffache funktioniert, kann ich mir nicht recht vorstellen.

Das politische rechtsprechende Richteramt ist heute ein politischer Faktor und wird, je nach der Partei, als willkommenes Unterstützung oder als hemmender Fremdkörper empfunden. Letzteres kann es nicht sein — seiner Beziehung nach nicht und seiner politischen Stellung nach nicht.

Es ist heute lächerlich, den politischen Gegner mit dem kindlichen Vorwitz der Beleidigung zu fassen, wenn man gar nicht weiter kann. Der Richter stellt dann eine Formalbeleidigung fest, und wenn er ganz geschickt ist, geht er auf den leiblichen Untergrund der Sache überhaupt nicht ein. Wie solche Urteile ausgeht werden, ist bekannt.

Da eben steht Justitia. Starr läßt sie die Waage in der Hand, ihr Schwert glänzt in der Sonne und eine ehernen Wolf gewesene Wunde ist ihr Stamm um den Kopf gebunden. Treib näher heran. Tipp die Figur mit dem Finger an, schlage mit dem Knöchel dagegen: sie ist wohl. Wehliche das Schwert: es ist beengerte Hand. Die Waage fällt stierend zu Boden, sie ehmal wech gewesene Wunde läßt sich, da glänzt ein Monokel auf, gerädele Schminke durchschieben eine feste Base, und vor deinen erschauern Augen taucht ein die so bekanntes Antlitz auf, eines, das du hundertmal im Hofe und in den Landestribunen gesehen hast: das preussische Gesicht.

Karl Brand steht heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gymnasium-Gaal, Steglitzer Straße 33, auf demselben Windel nach einmal vor: Aus eigenen Schreien und Doppeldeutigkeiten von Gerhart Hauptmann.

Das endgültige Ergebnis der Gothaer Landtagswahlen.

Der „Vormarsch“ nimmt ein großes Triumphgeschrei an wegen des Ausfalls der Landtagswahlen in Gotha. Er freut sich anheimelnd über den „Erfolg“ der Reaktion. Mit wie wenig Recht das geschieht, geht aus dem endgültigen Ergebnis hervor, das jetzt vorliegt. Danach haben die Unabhängigen erhalten 37 890 Stimmen und 9 Mandate, die Deutsche Volkspartei 12 096 (3 Mandate), die Deutschnationalen Volkspartei 4217 (1 Mandat), Bauernbund 31 412 (5 Mandate), die Deutschen Demokraten 7678 (1 Mandat), die Reichssozialisten 2090 (kein Mandat).

Die unabhängige Sozialdemokratie hat also trotz des ungeheuren Ansturms aller ihrer Gegner, zu denen auch die Reichssozialisten gehörten und trotz der Beschönigung des Wahlergebnisses durch die Reichsregierung den Herz Stimmengal bei der vorigen Wahl nur wenig mehr als 10 Proz. eingeholt. Dagegen haben die Reichssozialisten trotz der Unterstützung, die ihnen die Reichsregierung hat zuteil werden lassen, nur die Hälfte ihrer früheren Stimmengal zu erzielen vermocht und das eine Mandat, das sie hatten, auch noch verloren. Während die unabhängige Sozialdemokratie von ihren 10 Mandaten 9 behalten hat. Der Ausgang dieser Wahl ist für unsere Partei durchaus zufriedenstellend, für die Reichssozialisten dagegen der bedenkliche Zusammenbruch für ihre politische Unmoral.

Der Sonnabendnummer des „Gothaer Volksblatt“ entnehmen wir, daß die kommunistische Partei trotz der Auflockerung ihrer Thüringer Freunde, mit der U. S. P. in eine Disziplinverbindung eingetreten, weil die Parteileitung in Gotha zur schärfsten Gegenüberstellung einer reaktionären und einer revolutionären Masse geistigt hat, diese Disziplinverbindung abgelehnt hat. Unser Gothaer Parteiblatt bemerkt dazu:

„Da aber eine eigene Liste nicht zustande kam, so haben die Doktrindäre durchgesetzt, daß die U. S. P. D.-Genossen des Wahlbezirks zugeblieben haben. Das ist ein verhängnisvoller Beschluß, den wir gerade im Interesse der U. S. P. D. bekämpfen, und es wäre zu wünschen, daß die politische Einigkeit über doktrindäre Engstirnigkeit und über die parteipolitischen Konkurrenzneid entspringende Meinungen gegen die U. S. P. D. fliegt und die U. S. P. D.-Genossen trotzdem zur Wahl gehen und die Liste der Arbeiterschaft wählen, auch ohne die U. S. P. D.-Bürgerschaftige Genehmigung.“

Die Hoffnungen sind aber aufschmelzend nicht in Erfüllung gegangen und die doktrindäre Engstirnigkeit der U. S. P. D.-Leute hat mit dazu beigetragen, daß die Position der revolutionären Arbeiterschaft eine Schließung erlitten hat. Die Arbeiterschaft sollte aus diesem Vorgang lernen und einsehen, daß es nicht ihren Interessen entspricht, wenn sie sich von politisch unreifen Menschen zur Wahlenthaltung veranlassen läßt.

Gespannte Lage in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Auch in den Kreisen unserer Partei in Ostpreußen herrscht die feste Überzeugung, daß die Organisation der Reichssozialisten gearbeitet wird. Zur Kenntnis der Partei sind verbürgte Nachrichten und feststehende Tatsachen gelangt, die jeden Zweifel an den geheimen gegenrevolutionären Untertrieben ausschließen. Das Vorhandensein großer geheimen Waffendepots, die die Reichswehr vor der Entente verbergen wollte, ist längst auch den Entente-Missionen bekannt geworden. Ebenso hat die Partei Kenntnis, daß die Angehörigen der baltischen Freikorps im Bande auf den Gütern vertrieben sind und durch entlassene Reichswehrangehörige vertrieben werden. Eine besondere Gefahr stellen die aus entlassenen Freikorps und Reichswehrangehörigen zusammengesetzten Kriegerkompanien dar.

Auch die Verbindung des Reichswehrkommandos I mit all diesen Bewegungen gibt ein seltsames Bild. Man glaubt in den Kreisen der Partei sogar, daß das Reichswehr-Kommando die Zentrale aller kommunistischen Bewegungen in Ostpreußen darstellt. Der Leiter des Reichswehr-Kommandos, General von Dassel, hat sich bekanntlich während des Kapp-Zufluges einmondbild durch Reichswehr-Befehl zur „neuen Regierung“ bekannt, ebenso übrigens der Oberpostdirektor in Königsberg, der noch immer im Amt ist. Den Ausschluß des Putztes hält man vor den Wahlen nicht für wahrscheinlich. Die ostpreussischen reaktionären Kreise werden launisch beobachtet, sondern das Signal aus dem Reich abwarten. Es ist aber möglich, daß man die Gelegenheit der Umerüstungen im Osten zum Anlaß nimmt, um unter der Maske einer nationalsozialistischen Bewegung gegen die Reichswehr die gegenrevolutionären Pläne zu verwickeln.

Auffälligerweise berichtet die Münchener ostpreussische Post in den letzten Tagen in großer Aufmachung über einen besonderen Vormarsch der baltischen Truppen in Richtung auf Ostpreußen, der dann kommunistische Kräfte in Richtung auf Ostpreußen haben soll. Es wird besonders auffällig bemerkt, daß gerade jetzt plötzlich die reaktionäre bayerische Regierung Gelegenheit nimmt, im Parlament auf die bolschewistische Gefahr hinzuweisen. Der Verdacht, daß ein Zusammenhang zwischen diesen Meldungen und den Aufstellungen der bayerischen Regierung besteht, liegt nahe.

Die von reaktionärer Seite aus nach Gründen bezweifelten Nachrichten über kommunistische Aufstände sind nach Ansicht der Parteileitung heller als Luft. Die kommunistische Bewegung im Land ist sehr schwach und fast bedeutungslos. Die kommunistische Unternehmungen beschränken sich bei der ostpreussischen Arbeiterschaft nicht die geringste Neigung. Dagegen wird die Arbeiterschaft zur Abwehr kommunistischer Unternehmungen sehr bereit sein. Die von den Reaktionen geplanten Einverleibungs- und Umwehrungsmaßnahmen hält man in Parteikreisen völlig ungenügend und wertlos. Als einziges und sicheres Mittel gegen die kommunistischen Untertrieben kommt nur die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft in Frage.

Erhöhung der Kohlensteuer.

Die Kohlensteuer, eine der wichtigsten indirekten Steuern, die besonders bei dem Minderwerts von Angebot und Nachfrage zu einer erheblichen Steigerung der Preise und zu dem Steigen der Preise der Unternehmungen beigetragen hat, soll nach weiter erhöht werden. Sie beträgt bisher 20 Proz. der neuen Kohlenpreise, der dem Reichsregalung nach seinem Zusammenbruch gestiegen ist, steht eine Steuerabgabe in Höhe von mindestens 30 Proz. vor.

Es gilt gegen diese neue drückende Belastung der breiten Massen der Bevölkerung mit aller Entschiedenheit Einspruch zu machen. Man darf nicht, daß am 6. Juni aus dem Reichs-

Regierungskreis getrieben werden. Die alleinigen Gegner der indirekten Steuern und sie allein werden den Kampf gegen diese Erhöhung der Kohlensteuer mit aller Energie aufnehmen.

Die Lügen der Reichssozialisten.

Das Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein erklärt in einer amtlichen Meldung, daß die vorstehende Behauptung der „Reichssozialisten“, nach der ein reges Arbeiten der unabhängigen Sozialdemokraten und der Kommunisten in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein immer deutlicher dann trage, das baldige Ende ihrer Bestrebungen, nämlich die Räterepublik Schleswig-Holstein zu schaffen, von Anfang bis zu Ende freierunden sei. Die Meldung stellt sich als ein schäblicher Versuch dar, die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Provinz Schleswig-Holstein zu stören.

Das gleiche gilt für alle übrigen gleichlautenden Phantasien der reaktionären Presse, die täglich verbreitet werden, um in der Bevölkerung jene Panik herbeizuführen, die dem geplanten Militäraufstand den Boden vorbereiten würde.

Auch der Oberpräsident Hering erklärt für den Bereich seiner Tätigkeit das gleiche. In einem Aufruf an die Bevölkerung sagt er, man gehe im Wahlkampf so weit, im ganzen Reich mit einem bevorstehenden Putsch von links in der Provinz Sachsen zu operieren. „Indem ich vor aller Öffentlichkeit gegen dieses Wahlmanöver protestiere, weise ich die indirekten Beleidigungen und Schmähungen der Reichssozialisten, besonders der Arbeiterpartei, mit Entschiedenheit zurück und hoffe sehr, daß niemand in Sachsen zur Zeit an einen Putsch denkt.“

Hering führt dann einige Einzelheiten aus den Lügenphantasien der reaktionären Presse an und fährt fort:

„Wie naiv sind Leute, die solch einen Unsinn verbreiten, als ob die Behörden schlafen und nicht über die politische Lage nach beiden Seiten hin genau unterrichtet sind. Die Behörden lassen sich durch solche Manöver nicht täuschen. In dieser Zeit wende ich mich an die Bevölkerung der Provinz mit der Bitte, die ganze Putschphantasie als einen Wahlmanöver anzusehen.“

Die Kommunisten ihre Beteiligung an den Gemeindevahlen.

Während die Kommunisten die unabhängige Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung dauernd angreifen, nähert sich die von ihnen in der Praxis betriebene Politik immer mehr der Stellung, die die unabhängige Sozialdemokratie von jeher eingenommen hat. Im vergangenen Jahre wurden vor u. a. heftig bekämpft, weil sie uns an den Gemeindevahlen beteiligten, während die Kommunisten erklärten, Beteiligung an der Arbeit in den Gemeinden sei einfach gegenrevolutionär.

Es zeigt deshalb die große Wandlung der Kommunisten, daß nach einem Bericht der „Roten Fahne“ eine Mitgliederversammlung der U. S. P. D. für Groß-Berlin vor einigen Tagen beschlossen hat, sich an den Wahlen für die Gemeindevereinerung zu beteiligen. Ansehend aber aus Unkenntnis über die Verteilung der Aufgaben in der neuen Stadtgemeinde Berlin hat die Versammlung gleichzeitig beschlossen, auf die Beteiligung an den Wahlen zu den Bezirksversammlungen zu verzichten. Von den Herrschaften scheint niemand zu wissen, daß das Gesetz über die Stadtgemeinde Berlin von dem ursprünglichen Entwurf wesentlich abweicht und daß den Bezirksversammlungen sehr wichtige Aufgaben übertragen worden sind, insbesondere die Regelung des Schulwesens fast ganz in deren Händen liegt. Im übrigen ist dieser Beschluß aber auch deshalb lächerlich, weil alle Stadtbezirke gleichzeitig als Bezirksverordnete fungieren und ein wesentlicher Teil der beschreibenden Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung nicht in den Kommissionen, sondern in den Bezirksämtern und Bezirksversammlungen vor sich geht.

Bemerkenswert ist ferner, daß der Antrag, daß die Vertreter der Partei verpflichtet seien, sich auch an den Kommissionen zu beteiligen, nach längerer Diskussion angenommen wurde. Die Kommunisten haben also auch in dieser Frage eine so vollkommene Wandlung in ihren Auffassungen vollzogen, daß jedermann sie deutlich erkennt. Trotzdem werden sie kaum aufhören, über das „gegenrevolutionäre“ Verhalten der U. S. P. zu gesehn.

Wahlwerbung der Frauen.

Kein Mittendast auf Luise Zieg.

Man den vielen Parteien, die sich so heiß um die Wahl der Reichsversammlung, würde wohl kaum eine andere imstande sein, eine solche Veranstaltung zuwege zu bringen, wie sie gesehen auf der großen Spielstätte des Frauenwahlrechts von unserer Partei veranstaltet wurde. Auch das viele Geld, das wir offenen Händen auf die Straße geworfen wird, um die Interessierten und Anwesenden einzulassen, wäre nicht in der Lage eine solche erhebende Kundgebung herbeizuführen. Doch ständenden Regras waren eine 10 000 Frauen zusammengekommen, die zum Teil in geschlossenen Reihen, mit Fahnen und Standarden anmarschierten. Es war ein ruhender Beweis von Ordnung, Anständigkeit und Regeneration, die Frauen um die Rednertribünen gesammelt zu sehen, während der Regen vom Himmel fiel. Die Genossin Luise Zieg, Luise Walff und Martha Demming wurden anlässlich dieser Kundgebung und öffentliche Zustimmung zu ihrem Kampf zum Kampf für den Sozialistischen Partei. Der glänzende Verlauf dieser Demonstration, läßt das Beste für den Wahlkampf hoffen.

In einem zufälligen Fall kam es gestern Abend im Verlauf der Frauenversammlung auf der Spielstätte im Friedrichshain. Neben anderen Gemächnissen sprach von der einen Tribüne unserer Gen. Zieg. Von umstehenden Hören Zuhörern sah während der Vorträge die Bemerkung gemacht worden sein: „Die Zieg müße man genau so wie die Regierung unter die Füße nehmen“. Bei der Kenntnis dieser Äußerung nicht festgestellt worden. Bei der Befragung der in Frage kommenden Personen ist aber leider ein Unbeteiligter befragt worden. Der Vorkfall hatte zur Folge, daß heute ein Gericht im Umfange ist, monach auf die Gen. Zieg ein Klagen verhängt werden soll.

Der Holztransport der deutschen Arbeiterpartei nach Rußland soll mit dem Ende des Monats sein. Der Holztransport der Deutschen in Rußland ist fast völlig durchgefallen, so werden auf sowjetischen Dampfern heimgeführt, die letzten haben im Juli die Heimreise an. Die Gefangenen und Häftlinge sind zurückschickung worden. Die Arbeiterpartei hat die Holztransporte selbst und unter dem anständigen Landtransporten in

Rußland. Im europäischen Rußland verbleiben nur kaum noch deutsche Gefangene, soweit sie nicht freiwillig dort verblieben sind. Sie sind bereits alle früher ausgewandert worden.

Die deutschen Ferienkinder. Die ersten 500 deutschen Ferienkinder sind jetzt nach Schweden in Christiania angekommen. Die wurden am Bahnhof von Frauen und Kindern des norwegischen Roten Kreuzes, den norwegischen Arbeiterpartei und schwedischen Mitgliedern der deutschen Arbeiterpartei mit der Gattin des deutschen Konsulats, Frau von Paulus, am der Spitze empfangen.

Untersuchung der Wunderverbrechen in Italien. Das Amt für Verbrechen eines Verordnungs, monach ein Kommando eingesetzt wird zur Untersuchung der Wunderverbrechen einzelner Kriegergesellschaften, die in letzter Zeit für Kommunisten in ungewöhnlicher Weise tätig waren. Das Kommando und das sanitäre Kommando haben bei einer Untersuchung über den Wunderverbrechen festgestellt, daß viele Wunderverbrechen sind. Die Schuldigen sind verhaftet worden.

Verurteilung politischer Gefangener in der Tschechoslowakei. Der Richter zufolge werden auf Grund der allgemeinen Amnestie Runa und Genossen in Freiheit gesetzt. Man begibt sich nach Moskau, wo ein Kongreß der Kommunisten stattfindet.

Partei aus Dänemark. Im Frühjahr 1920 hat Dänemark für etwa 27 Millionen Kronen Kartoffeln exportiert, davon nach Deutschland 1 280 000, nach Amerika 1 63 001 Kanne und nach England etwas mehr als nach Amerika.

Gewerkschaftliches.

Was geht in den Berliner Waren- und Kaufhäusern vor?

In den letzten Tagen ist es in einzelnen Warenhäusern Berlin zur Klärung einer großen Anzahl von kaufmännischen Angelegenheiten gekommen, die ohne Einverständnis mit der Betriebsleitung der Angestellten erfolglos. So wird uns berichtet, daß zum Beispiel im Warenhaus H. Wertheim etwa 100 bis 150 Handlungsgehilfen vorgeschrieben worden sind, ohne daß dem Angestelltenrat irgendwelche Mitteilungen gemacht worden sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch im Warenhaus Zieg, wo man unter ganz wichtigen Umständen auch einen jungen Mann von Handlungsgehilfen, Ludwig hat, alles in der Leipziger Straße 60 Angestellten. Auch hier ist ein Einverständnis mit dem Angestelltenrat vorher nicht zustande gekommen. Bei der Firma H. Wertheim ist sogar neuerdings ein Mitglied der Betriebsleitung gemahnt worden. Diese Stellungnahme der Betriebsleitung erklärt sich aus der Tatsache, daß das Arbeitsverhältnis im Betriebe der Angestellten nicht mehr in dem Ausmaße gültig ist, als unter dem alten Tarifvertrage, weil der Beschäftigtenrat sich im Widerspruch der Stellung des Reichsarbeitsministeriums nach dem Verbot des Reichsverbandes der Arbeitgeber, dem Arbeiterverbande mit dem neuen Tarifvertrag zu verhalten. Alle müssen diese Tatsache als eine Hauptursache der Unzufriedenheit im Handel und in den Kaufhäusern betrachten und fordern die Angestellten auf, sich energisch zur Wehre zu setzen. Dazu ist in erster Linie erforderlich, daß die Angestellten in jedem einzelnen Falle sich sofort an die Betriebsleitung wenden und diese den Vorfall sofort der Organisation mitteilen.

In den nächsten Tagen wird der Zentralverband der Angestellten die in den Waren- und Kaufhäusern beschäftigten Angestellten zusammensenden, um Stellung gegen die Nachgehende der Unternehmung zu nehmen. Die Angestellten werden aufgefordert, sich am Mittwoch, den 2. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hofenstraße, einzufinden zu einer Versammlung, in der auch in dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit der Betriebsleitung über die Tarifverhältnisse gesprochen werden wird. Es ist dringend notwendig, daß die Angestellten sich nach jeder als bisher im Zentralverband der Angestellten zusammenzusetzen. Kur so werden sie in der Lage sein, die Angriffe der Unternehmung zu widerlegen.

Auswanderer-Offizier. Der Verkaufskursus der Genossin Haimann findet diese Woche wie immer am Freitag statt.

Arbeiter. Der Verkaufskursus der Genossin Haimann am Donnerstag von 5-9 Uhr fällt in dieser Woche auf Freitag. Wir ersuchen die Funktionäre, bei eintrachtender Verkürzung der Arbeitszeit oder Betriebsänderung und in jedem Falle zu benachrichtigen.

Genossin-Kongress. Bezirkskongress Mittwoch nachmittags 4 Uhr im Reichsverband der Arbeiterpartei, Eichestraße.

Abteilung. No.-Gebäude. Gewerkschaft No. 1, Dr. 1 und Dr. 2. Alle ehemaligen Arbeiter und Arbeiterinnen von Wertheim, welche Arbeitsnachweise erhalten haben, werden sich Donnerstag, 2. Juni, vorm. 10 Uhr, vor No.-Gebäude. Öffentliches Erscheinen ist erforderlich. (Selbst.)

Groß-Berlin.

Bezirksorganisationen Berlin-Stadt.

Die Distrikte werden ersucht, morgen im Laufe des Tages vom Reichsverband, Eichestraße 5, Wahlplakat abholen zu lassen.

Die Geschäftsleitung.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die zu morgen Mittwoch Abend in Aussicht genommene Veranstaltung im Lustgarten fällt verdringender Umstände halber aus.

Die Geschäftsleitung.

Wer trägt die Schuld an der Nichtaufnahme in die Stadtverordnetenwahlen?

Man hat behauptet, wie viele annehmen, sondern die berechtigten Parteien und vor allem die Demokraten. Sie haben es bei der Beratung der Gesetzentwürfe über die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin durchgesehen, daß im Gegensatz zu der Reichsregierung nur der wahlberechtigt ist, der ein Jahr lang in Groß-Berlin anwesend ist. Sie haben alle Kräfte der sozialistischen Parteien auf Verwendung dieser Bestimmungen abgesehen, weil sie wußten, daß diese Bestimmungen für die Arbeiterpartei verhängnisvoll sind. Wähler, gebi diesen Parteien das Recht die Quittung, sehr alle die Arbeiterpartei nach und wählt am 20. Juni die Wahlen der U. S. P.

Die erste Wagenklasse verschwindet. Nach den neuen Bestimmungen sollen die 1. und 2. Klasse der ersten Wagenklasse überhaupt nicht mehr, die 3. Klasse nur noch in sehr beschränktem Umfange fahren. Daher wird nunmehr eine Umordnung zur Durchführung gelangen, nach der die überflüssigen Mittel 1. Klasse in solche 2. Klasse umgewandelt werden und durch Postel oder Schilder den Augen vor als Klasse 2. Klasse kenntlich gemacht werden sollen.

Einverständnis. Es wird beachtet, auch in diesem Jahre während des Sommers in dem städtischen Erholungsheim Rixdahl ein neues Gebäude für den Sommerbau.

